

Bundeshuus-Wösch

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **118 (1992)**

Heft 42

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Wer im Glashaus ...

Carl Miville, ehemaliger Ständerat des Kantons Basel-Stadt, ist es sauer aufgestossen, dass die Migros den LdU unter der neuen Präsidentin **Monika Weber** weiterhin finanziert. In einem Leserbrief an den *Tages-Anzeiger* macht der Sozialdemokrat seinem Ärger Luft: Die Migros missbrauche «ihre politische Macht, um eine und nur diese eine Partei zu finanzieren». Es sei ein «demokratischer Skandal», dass «ein wirtschaftlicher Grosskonzern eine ganz bestimmte Partei bis zum Halszäpfchen mit Geld vollstopft», schreibt der langjährige Verwaltungsrat von Coop Basel und von der Coop-Lebensversicherung.

Zu früh verreist?

Einer der fähigsten Parlamentarier der Schweiz hat offenbar seine eigenen künftigen Möglichkeiten doch falsch eingeschätzt. Mit Blick auf die insbesondere vom Zürcher Freisinnigen **Ulrich Bremi** vorangetriebene Parlamentsreform, die höhere Bezüge auch für Reiche hätte bringen sol-

Bündner Wirren

Duri Bezzola, FDP-Nationalrat aus dem Tourismus-Kanton Graubünden, wollte ganz sicher sein, bei seiner Klientel einen wählerwirksamen Auftritt zu haben. Zu diesem Zweck ist es bekanntlich notwendig, in der Zeitung *Hotel-Revue* gebührend berücksichtigt zu werden. Im Rahmen des Sanierungsprogramms tat Bezzola deshalb der Zeitung im voraus kund, dass er sich mit Verve gegen die Kürzungsmassnahmen im Bereich der Hotel-Subventionierung wehren werde. Dumm war nur, dass daraufhin die frischgedruckte Ausgabe dieses Blattes schon vor Eröffnung dieser Debatte bereits stapelweise ins Bundeshaus kam. Bezzolas Ratsmitglieder konnten so dem gedruckten Blatt nicht nur staunend entnehmen, dass Bezzola seine Ratskollegen darauf aufmerksam gemacht habe, «dass mit der Streichung der Darlehen an die Gesellschaft für Hotelkredit bereits getätigte Rechtsgeschäfte (...) in Frage gestellt würden», sondern **Chefredaktor Andreas Netzle** hatte selbst das Resultat von Bezzolas Bemühungen im voraus bereits protokolliert: «Nationalrat hatte kein Gehör für Anliegen der Hotellerie.»

len, trat der Luzerner Freisinnige **Paul Fäh** vor den letzten Wahlen im Herbst 1991 zurück. Den Schritt in Richtung Berufsparla-

ment wolle er nicht mitmachen. Jetzt hat das Volk die Reform abgelehnt. Ob Fäh jetzt 1995 nochmals antritt?

Horch, was kommt ...

Indiskretionshungrige, aushorchende Journalisten seien von den PTT-Betrieben systematisch telefonisch abgehört worden, um herauszufinden, welcher Beamte hier nicht dicht gehalten habe. Zu diesem Schluss kommt ein Untersuchungsbericht einer Arbeitsgruppe der Geschäftsprüfungskommission unter Vorsitz von **Christian Wanner** (FDP/SO). Ganz optimal funktionierte allerdings das PTT-System nicht. Die Informationen aus dem vertraulichen Bericht gelangten trotzdem in eine Sonntagszeitung.

Unendliche Stich-Geschichte

Otto Stich, den viele Bürgerliche schon lange lieber in Pension sähen, hat einen neuen Grund zum Bleiben entdeckt. Weil in der Spardebatte der Zürcher **Heinz Allenspach** (FDP) einen Antrag durchbrachte, der den Bund verpflichtet, alle kurzfristigen Kürzungen im AHV-Bereich zwischen 1996 und dem Jahr 2000 wieder aufzustocken, hat der Finanzminister seine Aufgabe erkannt: «Ich muss bis zur Jahrtausendwende bleiben, um den Antrag Allenspach zu überwachen», tat Stich in der Kaffeepause im engsten Kreis kund.

Ogi und der «Tagi»

«Alle Zeitungen ausser dem *Tages-Anzeiger* (TA)» hätten die NEAT durch die Volksabstimmung getragen, schalt Bundesrat **Adolf Ogi** zwei Journalisten dieses Erzeugnisses am Rande eines Interviews. Diese Aussage erstaunt, denn die *Weltwoche* hat kaum eine Nummer ausgelassen, Transitvertrag und NEAT-Konzept in Bausch und Bogen zu verdammen. Dass der an den TA Schelte austeilende Ogi die *Weltwoche* als Negativbeispiel zu erwähnen vergass, scheint darauf hinzudeuten, dass der Medienminister jenes Erzeugnis gar nicht mehr unter besagte Gattung «Zeitung» einzureihen gewillt ist.



Das «Armeeleitbild 95» im Nationalrat

Lisette Chlämmerli